

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 03.02.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Beratungsraum 113,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Gernot Töpfer	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), bis 17:42 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung:

Egbert Geier	Beigeordneter Finanzen und Personal Bürgermeister
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Christine Hahnemann	amt. Fachbereichsleiterin FB Verwaltungsmanagement
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personalcontrolling/Haushalt
Steffen Ruppe	Geschäftsbereich I – Finanzen und Verwaltungsmanagement
Yvonne Merker	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Töpfer stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Töpfer informierte, dass unter dem Tagesordnungspunkt 3 zusätzlich die Niederschriften vom 04.11.2015 und 26.11.2015 aufzunehmen sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und er bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.11.2015, 26.11.2015, 02.12.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
Vorlage: VI/2015/01269
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 04.11.2015, 26.11.2015, 02.12.2015**

Herr Töpfer bat um getrennte Abstimmungen der Niederschriften, welchen jeweils einstimmig zugestimmt wurde.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Töpfer verwies auf den öffentlichen Aushang der in nicht öffentlichen Sitzungen am 02.12.2015 und 16.12.2015 gefassten Beschlüsse vor der Beratungsr.

Ausschuss für Personalangelegenheiten vom 02.12.2015:

- zu 3.1 Beförderungen von Beamtinnen und Beamten der Stadt Halle (Saale) ab Besoldungsgruppe A 12 Landesbesoldungsgesetz Sachsen-Anhalt (LBesG LSA) zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens mit Wirkung zum 31.12.2015
Vorlage: VI/2015/01453

Beschluss:

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten der Stadt Halle (Saale) beschließt, folgende Beamtin und folgende Beamte des feuerwehr- und bautechnischen Dienstes zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 31.12.2015, zu befördern:

1. Herrn Brandamtman Hans-Joachim Hagemeister
2. Herrn Brandamtman Steffen Kujas
3. Herrn Brandamtman Daniel Schöppe
4. Frau Stadtbaurätin Dr. Brigitta Ziegenbein

Sondersitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten vom 16.12.2015:

- zu 4.1 Besetzung der Stelle wissenschaftliche Sachbearbeiterin Bildung und Soziales im GB IV
Vorlage: VI/2015/01528

Beschluss:

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten beschließt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, Frau Heike Schaarschmidt als Referentin auf die Stelle wissenschaftliche Sachbearbeiterin Bildung und Soziales einzustellen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es gab keine Beschlussvorlagen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung Vorlage: VI/2015/01269

Herr Krause zeigte sich erstaunt über die Stellungnahme der Verwaltung, darin wird hauptsächlich auf die Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters eingegangen. Er machte deutlich, dass gegenüber der Verwaltung kein grundsätzliches Misstrauen herrscht.

Herr Doege meinte, dass die Stellungnahme erst spät eingegangen ist und sich die Fraktionen noch darüber verständigen sollten.

Herr Aldag sagte, dass auch Akteneinsicht beantragt werden könnte. So könnten die Stadträtinnen und Stadträte die Sachlage besser nachvollziehen.

Herr Senius bat um Beantwortung folgender Fragen:

Wie beurteilt die Verwaltung die Entwicklung der Krankensituation? Worauf ist die Entwicklung zurückzuführen nach Ansicht der Verwaltung? Mit welchen Maßnahmen wird der Anstieg der Krankenstandsquote entgegengesteuert? Wie beurteilt die Verwaltung die Wirkung der bisher ergriffenen Maßnahmen?

Frau Hahnemann sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Geier erklärte, dass es bei Gefährdungsbeurteilungen auch um Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld geht. Er empfahl diese gefährdungsbedingten Vorgänge über das Arbeitsschutzgesetz entsprechend einspeist. Er bat den Mitgliedern die Teilnahme am Arbeitsschutzausschuss an.

Weiter führte **Herr Geier** aus, dass sich die Situation im Bürgerservice im Ratshof entspannt hat. Ausgang war die Lage im Sommer, wo hohe Temperaturen vorherrschten und es viel Publikum gab. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten das Gefühl, mit der Wartesituation und dem entsprechend hohen Lärmpegel nicht zurechtzukommen. Daraus resultierend wurden Überlastungsanzeigen bei der Verwaltung und parallel beim Personalrat gestellt. Als Folge dessen hat sich Herr Geier mit Frau Lachky, einem Techniker und den Betroffenen über die Situation beraten und Arbeitsaufträge wurden zur Prüfung angenommen. Die Personalvertretung ist gesetzlich festes Mitglied in diesem Ausschuss, sagte **Herr Geier** weiter.

Vor ca. einem Jahr gab es eine andere Situation im Fachbereich Soziales. Hier kam es zu einer Arbeitsverdichtung auf Grund der Zuweisung von Flüchtlingen. Die Verwaltung hat einen guten Modus gefunden, wie man die Belastung an dieser Stelle definiert, erhebt und wie man Personalbemessungen vornimmt. Somit konnte ein strukturiertes Verfahren entwickelt werden, welches auch an anderen Stellen Einsatz finden kann, erklärte **Herr Geier**.

Dieses Verfahren wurde auch bei der Ermittlung des Personalbedarfes in Bezug auf die steigenden Flüchtlingszahlen angewandt. Hier wurde der Bedarf je nach Entwicklung der Flüchtlingszuweisungen entwickelt. In der Langzeitwirkung hat es den Effekt, dass wenn beispielsweise die Zahlen wieder steigen, die Verwaltung auf den Personalrahmen im Stellenplan zurückgreifen kann. Sofort nach der Bestätigung des Sozialbereiches, kann der Fachbereich Personal tätig werden.

Herr Krause erkundigte sich, ob Anpassungen bei Arbeitsverdichtung vorgenommen werden. Dies bestätigte **Herr Geier**; als Grundbemessung gilt der Fallzahlschlüssel.

Weiter meinte **Herr Krause**, dass die Verwaltung erst nach Feststellung einer Unterbesetzung des Personals reagiert hat. Nach Aufsummierung der Überlastungsanzeigen hat die Verwaltung dementsprechend gehandelt und hat Fallzahlschlüssel ermittelt, sagte **Herr Geier**.

Er machte noch einmal deutlich, dass dieses Vorgehen einen Mehrwert darstellt. Als zweiten Effekt gab es eine Raumoptimierung in den entsprechenden Bereichen. Hierzu wird es über bereits umgesetzte Maßnahmen einen Zwischenbericht geben.

Nach weiterer Diskussion bat **Herr Töpfer** die Antragssteller um Information zum weiteren Umgang mit dem Antrag.

Herr Krause bat die Verwaltung um Bereitstellung einer aktuellen Übersicht zu bereits durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen. Diese sollte in der nächsten oder übernächsten Sitzung vorgelegt werden. Weiter passte er den Änderungsantrag in Absprache mit der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) an, indem die Beschlusspunkte 1 und 2 gestrichen wurden. Und im dritten Punkt wurde der Begriff Stadtverwaltung durch Oberbürgermeister ersetzt.

Herr Töpfer bat um Abstimmung des geänderten Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend eine aktuelle Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG für alle Geschäftsbereiche zu erstellen.~~

~~2. Die Gefährdungsbeurteilung ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.~~

~~3. Die Stadtverwaltung-~~ Der Oberbürgermeister wird aufgefordert darzulegen, wie die Ergebnisse der vorangegangenen Gefährdungsbeurteilungen evaluiert wurden und wie sie die eingeleiteten Gegenmaßnahmen vor dem Hintergrund des erhöhten Krankenstandes bewertet.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Information zum Stellenplan

Frau Hahnemann informierte, dass die im Haushaltsplan eingestellten neun Stellen für das Jobcenter nun in Ausschreibung gebracht werden. Dies kann jetzt erfolgen, da die

Genehmigung des Haushaltsplanes vom Landesverwaltungsamt vorliegt. Sie hatte in dem Zuge Herrn Senius gebeten, darüber in dem internen Ausschuss des Jobcenters zu berichten. Er selbst wird hierzu in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten kurz Stellung nehmen.

zu 8.2 Information zu Stellenausschreibungen

Frau Hahnemann führte aus, dass es eine Auflistung zum aktuellen Sachstand zu Stellenausschreibungen geben wird und im Session eingestellt wird.

zu 8.3 Information zur Sitzungsleitung im März

Herr Geier teilte mit, dass Frau Brederlow ihn, als zuständige Beigeordnete, in der Sitzung am 02.03.2016 vertreten wird, da er in der Partnerstadt Grenoble als Delegationsleiter fungieren wird.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Doege zur Stellenausschreibung für mehrere Beratungsärzte/-ärztinnen

Herr Doege sagte, dass für mehrere Beratungsärzte/-innen Stellen ausgeschrieben sind. Er merkte an, dass der Begriff „mehrere“ zu unbestimmt ist. Er wollte wissen, warum zeitgleich mehrere Ärzte aus dem Dienst treten.

Frau Brederlow erklärte, dass es größtenteils persönliche Gründe für die Kündigungen gibt. Die Beschäftigten scheidet nicht gleichzeitig aus dem Dienst aus; als Einstellungstermin wurde der 01.04.2016 anberaumt. Die Stelle Psychologin/Psychologe ist intern ausgeschrieben.

Frau Hahnemann ergänzte, dass es nicht unüblich ist, mehrere Stellen auszuschreiben; gesucht werden zwei Ärzte. Es ist wichtig, die Facharztstellen für die zusätzliche Betreuung von Geflüchteten nach zu besetzen.

zu 9.2 Anfrage Herr Wolter zur Personalkostenübernahme durch Thematik Asyl

Herr Wolter erkundigte sich, ob bereits bekannt ist, dass das Land die entstandenen Mehrkosten im Personalbereich in Bezug auf die Thematik Asyl erstattet.

Herr Geier informierte, dass es für die Fraktionen zum Stadtrat am 24.02.2016 eine Zusammenstellung über das Jahr 2015 geben soll. Aus der Erlasslage heraus gibt es die Tendenz, dass ein Teil der Kosten nicht erstattet wird.

zu 9.3 **Anfrage Herr Wolter zu Dolmetscher-Mangel**

Herr Wolter teilte mit, dass ihm vom Jobcenter zugetragen wurde, dass es einen Dolmetscher-Mangel für Personen aus Eritrea gibt. Diese Geflüchteten haben dadurch nur schlechte Chancen auf eine kompetente Betreuung.

Darauf sagte **Frau Hahnemann**, dass ihr der Zustand ebenfalls bekannt ist. Durch die Sprachschwierigkeiten dauern die Gespräche zum Antragsverfahren länger, da es momentan nicht genügend Dolmetscher gibt. Für Betroffene gibt es im Jobcenter Ende Februar dazu einen Aktionstag.

Herr Senius informierte, dass das Jobcenter telefonische Sprachmittler in Anspruch nimmt, was allerdings mit Kosten verbunden ist.

zu 9.4 **Anfrage Herr Senius zur Belastung der Kommune**

Herr Senius fragte, wie mit den Erstattungen für das zusätzliche Personal im Bereich Asyl umgegangen werden soll. Eine Belastung für die Kommune sollte verhindert werden.

Herr Geier erklärte, dass für diese Beschäftigten Arbeitsverträge mit Befristungen abgeschlossen wurden und somit keine weiterführenden Kosten entstehen.

zu 10 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen und **Herr Töpfer** beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Gernot Töpfer
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin